



Dieser kurze Beitrag handelt von den langen Bemühungen einer Gemeinde, auf zeitgemäße Weise eine neue Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu schaffen. Er spielt in Kronshagen, der eigenständigen Randgemeinde Kiels. In den Jahren von 2000 bis 2002 fand hier eine intensive und berichtenswerte Debatte statt, die schließlich in einen beachtlichen Konsens mündete. Zwei Ausgangspunkte sind zu nennen, der eine erscheint eher skurril, der andere erweitert die Perspektiven:

Als Kronshagen nach konfliktreichen Debatten um den Standort, der schließlich gegen den Willen der Gemeindevertretung durch ein Plebiszit verändert wird, in den 1990er Jahren ein neues Rathaus erhält, passiert ein Fehler: Man „vergisst“ ganz einfach in der Architektur und bei der Einrichtung den eigentlich beschlossenen Transfer der im alten Gemeindehaus im Flur hinter schwerem Rauchglas befindlichen „Gedenkstätte“. Es handelt sich um das am Anfang der 1960er Jahre begonnene Gedenkbuch der politischen Gemeinde Kronshagen, das auf Antrag einheimische Kriegsoffer – Gefallene und an der Heimatfront Getötete – aufführt. Dieses „Vergessen“ wird allgemein mit Augenzwinkern berichtet und lässt sich nicht mehr ganz eindeutig rekonstruieren. Jedenfalls gilt: Unbequem und architektonisch unpassend ist das Objekt Einigen erschienen. Mancher auch hat die Säumigkeit ausdrücklich begrüßt, denn bestimmte Familiennamen werden weniger im Opferstatus erinnert und die Art des Gedenkens sowie insbesondere unser Blick auf den Zweiten Weltkrieg und die NS-Herrschaft haben sich erheblich gewandelt. Andere aber hat das Vergessen verletzt, einzelne Angehörige jener, deren Namen im Gedenkbuch verewigt sind, und Repräsentanten von Traditionsvereinigungen sowie insbesondere der Kirchen.

Kurzum: das Thema bleibt virulent. Als Lösung wird 1999 und 2000 auch erwogen, das Gedenkbuch in der evangelischen Kirche unterzubringen. Aber die örtliche Pastorin lehnt ab, ja empfiehlt sogar die Integration einer von ihrer Gemeinde dem Ort vermachten Opferkerze in ein zu schaffendes Ensemble. Jedenfalls bleibt die politische Gemeinde auf ihrem Objekt sitzen und hat eine Kerze dazu. Im Herbst 2000 beschließt der Hauptausschuss der Gemeindevertretung die Errichtung einer Gedenkstätte im Neubau: Sie soll bestehen aus schwerem Bleiglas, einer Konsole für das Gedenkbuch und einem rauchglasähnlichen Sichtschutz. Ein allein auf Stimmung und Gefühl bezogenes, düsteres Ambiente also, wie man sich das auch vorstellt. Die Planung, so hält der Beschlussvorschlag fest, erfahre die Billigung des Architekten und auch der Pastorin.¹ In den Akten findet sich auch ein in Ausschüssen diskutierter Vorschlag eines Bürgers, eine erklärende Texttafel hinzuzufügen. Textauszug: „In dem vor Ihnen liegenden Gedenkbuch sind namentlich die gefallenen Soldaten und die Toten aus der Kronshagener Zivilbevölkerung beider Weltkriege niedergeschrieben. ... Alle in dem Buch aufgeführten Kronshagenerinnen und Kronshagener sind Opfer zweier grausamer

Uwe Danker: Was ist zeitgemäßes Gedenken?

Der lange Weg Kronshagens
zu einer neuen Gedenkstätte
für die Opfer von Krieg und
Gewaltherrschaft

¹ Vgl. Beschlussvorlage Bauamt für Hauptausschuss 19.10.2000.

2 Beschlussvorlage Bauamt für Ausschuss Schulen, Kultur, Jugend und Sport 9.11.2000, Anlage.

3 Vgl. Beschlussvorlage Bauamt für Ausschuss Schulen, Kultur, Jugend und Sport 9.11.2000.

4 Ebenda Anlage „Einrichtung einer Ehrenhalle“.

5 Alle Zitate: ebenda.

6 Vgl. die Stellungnahme von Bürgermeister Wilhelms laut Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Arbeitskreises „Errichtung einer Gedenkstätte im Rathaus“ am 28.5.2001.

Kriege. Der Krieg hat ihnen auf so schrecklicher (!) Weise das Leben genommen.“² Die Idee dieser „erläuternden“ Texttafel wird indes nicht weiter verfolgt, statt dessen die lediglich anmutende Formulierung „Zum Gedenken“ präferiert.

Man kann nicht sagen, Verwaltung sowie die Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen hätten es sich einfach gemacht.³ Genau dokumentiert und reflektiert wird in diesen Wochen zum Beispiel der kommunale Entscheidungsprozess, der vier Jahrzehnte zuvor, nämlich in den Jahren 1961 bis 1963 zur Einrichtung der „vergessenen“ alten Gedenkecke führte. Auslöser war damals die evangelische Kirchengemeinde gewesen, die in einer „Ehrenhalle“ im Turm der Kirche ein „Ehrenbuch“ mit Namen Kronshagener Gefallener auslegen wollte. So weit, so gut. Dann aber passierte es damals, am 21. November 1961: „Konfessionelle Schwierigkeiten werden angesprochen, die Sache wird in die Zuständigkeit des Schul- und Kulturausschusses verwiesen.“⁴ Während der damalige evangelische Pastor auch Angehörige anderer Konfessionen in sein Gedenkbuch aufnehmen wollte, äußerte der Vorsitzende des Kulturausschusses die „Auffassung, daß die politische Gemeinde Kronshagen Angehörige anderer Konfessionen nicht auffordern dürfe, sich an die evangelische Kirche zu wenden.“ Dennoch signalisierte im Januar 1962 die katholische Gemeinde, sie „toleriere ein Ehrenbuch in einer Ehrenhalle der evangelischen Kirche“, ja werde sogar ihren Gemeindeangehörigen den Besuch derselben anempfehlen. Parallel aber erklärte der protestantische Pastor, er werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen, wenn „andere Organisationen oder Gruppen in der Ehrenhalle eine Gedenkfeier abhalten würden“⁵ Damit war 1962 Schluss mit der Kooperation zwischen der politischen und der evangelischen Gemeinde. Beide legten nun eigene Ehrenbücher an!

In Zeitungen rief Kronshagen zu freiwilligen Meldungen auf: „Die Gemeinde Kronshagen beabsichtigt, eine Gedenkstätte mit einem Ehrenbuch für die Gefallenen und Verstorbenen beider Weltkriege, die Opfer des Nationalsozialismus und die noch in den ersten Nachkriegswirren umgekommenen Menschen zu errichten.“ Ein sehr weit gefasster Personenkreis wurde folglich beschrieben, aber de facto lag vier Jahrzehnte später der oben zitierte, die neue Erläuterung verfassende Bürger ganz richtig, denn im Ehrenbuch fanden und finden sich ausschließlich übliche Kriegsoffer, nämlich Gefallene und zivile Kriegstote, aber nicht jene, die man gemeinhin als NS-Opfer zu kennzeichnen pflegt.⁶

Mit einer ganz aktuellen Ausnahme allerdings, und diese liefert Ende 2000 den zweiten Auslöser für nunmehr völlig neue Überlegungen zum „Kriegerdenkmal“: Im Gedenkbuch nachgetragen wird in diesem Jahr der Name Friedrich Belz. Es handelt sich um einen ehemaligen Kronshagener, der am 8. März 1938 im Konzentrationslager Sachsenhausen umkam, wo er als unbeugsamer „Bibelforscher“, also Angehöriger der „Zeugen Jehovas“ inhaftiert war. Sein Widerstehen und das resultierende Martyrium hat sein Nachbar Jens

Godber Hansen minutiös recherchiert, historisch eingeordnet und dargestellt – sowie unter anderem im Jahrbuch „Demokratische Geschichte“ publiziert.⁷ Kronshagens Bürgermeister reagiert mit der Aufnahme des Namens im Gedenkbuch. Anfangs wohl unbeabsichtigt erweitert genau dieser Schritt die Perspektiven um eine denkbare Diskussion über die Gruppen jener, derer gedacht werden soll.

Zunächst aber geht alles weiter seinen Gang: Der Ausschuss für Schulen, Kultur, Jugend und Sport beschließt mit der Mehrheit aus CDU und FDP die Errichtung der vorgeschlagenen, jetzt allerdings um Grünpflanzen erweiterten Gedenkstätte, „damit der Verantwortung gegenüber der Geschichte Genüge getan, und darüber hinaus auch ein Mahnmal für junge Menschen geschaffen wird.“⁸ Zwei sozialdemokratische Gegenstimmen und eine Enthaltung signalisieren jedoch den Dissens. Noch einmal interveniert in der Folgezeit die evangelische Pastorin im Sinne der traditionellen Lösung: Ihr Kirchenvorstand und sie hielten eine Gedenkstätte im Rathaus für unverzichtbar und sie wünschten das Gedenkbuch im Zentrum sowie eine Tafel mit „entsprechender Aufschrift („Für unsere Toten“ o.ä.)“⁹ Auch die katholische Bonifatius-Gemeinde spricht sich in zwei Schreiben an den Bürgermeister nachdrücklich für die Errichtung einer Gedenkstätte im neuen Rathaus aus, ergänzt aber ausdrücklich: „Es ist jedoch auch Meinung der Mitglieder des Kirchengemeinderats, diese geplante Gedenkstätte nicht allein auf die gefallenen Soldaten beschränkt zu sehen, sondern sie als Gedenkstätte für alle Opfer der Weltkriege auszuweisen.“¹⁰ Die etwas unbeholfene Formulierung soll offenbar der Erweiterung des Opferbegriffs dienen.

Auf der entscheidenden Gemeinderatssitzung am 27. Februar 2001 wird die Debatte, was selten genug passiert, im Plenum noch einmal völlig geöffnet. Zu diesem Zeitpunkt bestimmt noch die Debatte über die Entschädigung der Zwangsarbeiter die öffentliche Wahrnehmung. Entsprechend angemessen scheint die Diskussion um einen ausdrücklich erweiterten Opferbegriff. Und nahe liegend ist auch, dass Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen darüber nachdenken, was denn auf der ästhetischen Ebene ein zeitgemäßes Gedenken im Jahre 2000 ausmachen könne und ob nicht der Neubau und das Vergessen der Rauchglasanlage auch als architektonisch-künstlerische Chance bzw. Herausforderung begriffen werden können. Die Gegner der vorgeschlagenen konservativen Lösung aus den Reihen von SPD und Grünen sind in der Minderzahl, aber die anderen drei Fraktionen von CDU, UKW¹¹ und FDP lassen sich im Interesse eines möglichen Konsenses auf die Neuaufnahme aller Überlegungen ein: Beschlossen wird neben der grundsätzlichen Befürwortung einer Einrichtung im Rathaus die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises¹², dessen Aufgabe lautet, „der Gemeindevertretung Lösungsvorschläge für die Errichtung einer Gedenkstätte im Rathaus vorzulegen.“¹³

Der sehr heterogen zusammen gesetzte Arbeitskreis sieht sich vor keiner einfachen Aufgabe: Nach langer und nicht konfliktloser

7 Vgl. Jens Godber Hansen: Ein Bibelforscher unter Hitler. Erinnerung an meinen Nachbarn Friedrich Belz, in: DG 12, Malente 1999, S. 95-122.

8 Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Schulen, Kultur, Jugend und Sport am 13.11.2000

9 Pastorin Ulrike Fischer an den Bürgermeister am 4.1.2001.

10 Vorsitzender Kirchengemeinderat Gerd Straßburger an den Bürgermeister am 10.2.2001.

11 „Unabhängige Kronshagener Wählergemeinschaft“

12 Die ursprüngliche Absicht, als 'Experten des Gedenkens' auch Vertreter der beiden Kirchengemeinden in den Arbeitskreis zu integrieren, lässt dieser selbst einhellig fallen und erhebt damit den Anspruch, dass der gesamte Entstehungsprozess innerhalb der Gemeindevertretung stattfindet und nichts bequem nach außen delegiert wird.

13 Beschlussvorlage Hauptamt für Ausschuss Schulen, Kultur, Jugend und Sport 2.5.2001

Vorgeschichte geht es darum, die Säumigkeit zu heilen und zugleich die sehr divergierenden Sichtweisen zusammen zu führen. Es ist bekanntlich auch heute noch keineswegs einfach, Einhelligkeit über ein würdiges Gedenken herzustellen, in dem alle, ob jung oder alt, ob konservativ, liberal, sozialdemokratisch oder alternativ sich wieder finden können. Der Arbeitskreis räumt gleichwohl die Hürden weg: Basis für eine derartige Arbeit ist zunächst der erklärte Respekt vor den Ansichten und Gefühlen der anderen. Den nächsten Schritt liefert die Einigung darauf, dass die Gemeinde im neuen Rathaus auch eine neue, zeitgemäße Gedenkstätte einrichtet und nicht lediglich einen verspäteten Umzug eines Rauchglasambiente organisiert. Beides zusammen eröffnet die Möglichkeit, ein inhaltlich und ästhetisch neues Konzept zu entwickeln. Zum Dritten verzichten alle Beteiligten ausdrücklich darauf, die moralische Würdigkeit von einzelnen Opfern zu diskutieren. Sie folgen dabei einer einfachen Überlegung: Wer damit anfängt, wird im Nichts enden. Und schließlich einigt sich der Arbeitskreis darauf, den Opferbegriff nachdrücklich zu erweitern. Die neue Gedenkstätte soll gleichermaßen den Opfern von Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gelten.

Das alles klingt nach nahe liegenden und einfachen Schritten, widerspiegelt aber tatsächlich einen komplexen Prozess. Über drei Dinge muss Klarheit erzielt werden: die Erweiterung des Opferbegriffs, deren konzeptionelle Folgerungen für die Umsetzung und schließlich die künstlerische Realisation. Konzeption und Umsetzung müssen kommunalpolitisch getragen und verantwortet werden. Für den erstgenannten und den letztgenannten Aspekt aber zeigen sich Arbeitskreis und Gemeinde gut beraten, Sachverstand von außen einzuholen.

In diesem Zusammenhang erteilt die Gemeinde den Auftrag für eine kleine lokalhistorische Ausarbeitung¹⁴ über die Recherche nach bisher kaum beachteten Opfergruppen in Kronshagen. Für das Institut für Regional- und Zeitgeschichte (IZRG) in Schleswig verfasste die Studentin Eva Nowotny die im Oktober 2001 vorgelegte 50-seitige Dokumentation, die hier im Anschluss an diesen Beitrag in gekürzter Fassung wiedergeben wird.¹⁵ Das Ergebnis ist trotz nur begrenzter konkreter Rechercheerfolge ganz eindeutig. Danach steht fest: Auch in Kronshagen gab es (viele) Opfer unter Zwangsarbeitenden, gab es Verfolgungsmaßnahmen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, auch Kronshagen ist mit dem Friedhof Eichhof ein manifester Ort mit geografisch fest zu machender NS-Gewaltgeschichte.¹⁶ Einhellig beschließt der Arbeitskreis auf dieser Basis die nachhaltige Erweiterung der Opferdiskussion.

Schließlich einigt man sich auf Leitlinien, die Grundlage für eine künstlerische Umsetzung bilden sollen. Sie lauten wörtlich:

„1. Die Gemeinde Kronshagen errichtet eine neue und offene Gedenkstätte. – Das soll an Inhalt und künstlerischer Form der Gesamtpräsentation erkennbar sein.

Ein (inhaltliches) Zeichen dafür wird auch der erste – uns allen wichtige – Satz der von uns bisher ins Auge gefassten Formulie-

14 Der sehr begrenzte Umfang lag bei 80 HIWI-Stunden.

15 Siehe in diesem Band den Beitrag von Eva Nowotny, S. 261.

16 Vgl. Uwe Danker, Irene Dittrich: Verscharrt, verdrängt, vergessen. NS-Opfer auf dem Friedhof Eichhof Kiel, Kiel 1992. (Sonderveröffentlichung Nr. 13 des Beirats für Geschichte); Regine Bigga, Eckhard Colmorgen, Uwe Danker, Irene Dittrich: Friedhof als Quelle historischen Arbeitens. Der Eichhof in Kiel/Kronshagen, in: DG II, Kiel 1987, S. 213-230.

rung schaffen: Der Freiheit verpflichtet(.

Dieser Satz bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Opfer, sondern auf jene, die diese Gedenkstätte einrichten, also die heutigen Einwohner Kronshagens.

2. Die Gedenkstätte gilt gleichermaßen den Opfern von Krieg und NS-Gewaltherrschaft.

Diese Doppelfunktion soll ausgedrückt werden in der Formulierung: Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft.

3. Das Gedenkbuch der Gemeinde, das seine eigene Geschichte und für viele Kronshagener eine große Bedeutung besitzt, soll in die Gedenkstätte integriert und angemessen präsentiert werden. Dieses Gedenkbuch steht mit seiner Geschichte und in seinem Aufbau zwar nicht ausschließlich, aber doch überwiegend für das Gedenken an die Kriegsoffer. Die gleich berechnigte gestalterische Ergänzung für den zweiten Schwerpunkt, das Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft, stellt eine wichtige und zu lösende Aufgabe für das künstlerische Konzept dar.

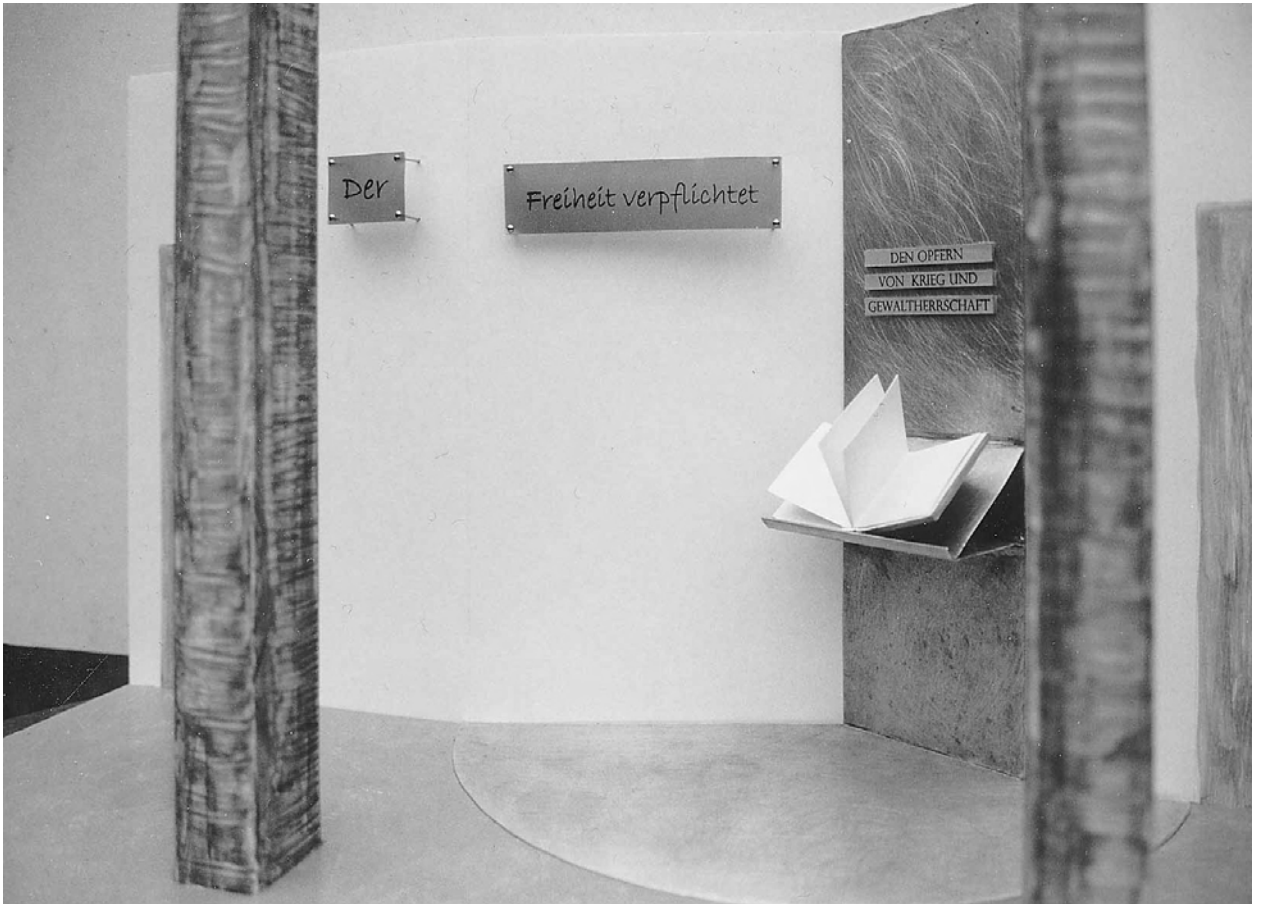
4. Der angemessene Ort für eine derartige neue Gedenkstätte ist das Foyer des Rathauses, was bei gestalterischen Konzepten der Umsetzung zu berücksichtigen wäre.¹⁷

Ende 2001 sind der Arbeitskreis und die Gremien der Gemeindevertretung so weit, unterhalb der Schwelle eines Wettbewerbes für Kunst im öffentlichen Raum nach vorbereitenden Rücksprachen mit dem Landesverband Bildender Künstler einen kleinen Gestaltungswettbewerb durchzuführen. Gegen geringe, aber faire Beteiligungshonorare werden fünf Bildhauer und Bildhauerinnen aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten. Es sind mit Susan Walke, Uwe Gripp, Ulrich Lindow, Jörg Plikat und Jan Koblasa ausgewiesene, in Schleswig-Holstein erfolgreich wirkende Künstler, wobei als Randnotiz zu vermerken wäre, dass Prof. Koblasa von der Muthesius-Hochschule sich in fröhliche Konkurrenz zu vier seiner Schüler begibt. Als Unterlagen erhalten sie die unverrückbaren Leitlinien, die architektonischen Vorgaben der ausgewählten Foyerecke sowie eine Kostenbegrenzung auf ca. 7000 EUR für die künstlerische Umsetzung.

Enge, kaum attraktive Rahmenbedingungen also. Und dennoch: Alle fünf Künstler reichen tatsächlich begründete Modelle ein und erläutern diese vor der Arbeitsgruppe am 22. Februar 2002. Es wird eine beeindruckende, die ganzen Vorarbeiten lohnende Sitzung, wie das Protokoll festhält.¹⁸ Fünf Modelle stehen zur Diskussion, sie bemühen sich durchweg darum, die komplexen Vorgaben zu realisieren. Das Rennen macht schließlich mit deutlicher Mehrheit der Vorschlag der Kieler Bildhauerin Susan Walke. Sie will die vorgefundene Wand „falten“; dadurch die Andeutung einer Nische entstehen lassen, die, verstärkt durch eine halbkreisförmige Bodenplatte aus Stahl, dazu animiert, ans Lesepult mit dem Gedenkbuch zu treten. Darüber findet sich in Stahl der auf die Opfer bezogene Schriftzug. Räumlich und durch die Materialwahl deutlich abgehoben liefern zwei blaue Acrylglasschilder den Schriftzug „Der Freiheit ver-

17 Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Schulen, Kultur, Jugend und Sport am 5.6.2001. Die Betonung der Offenheit im ersten Satz wird erst später hinzugefügt und findet sich in der Ausschreibung für den Wettbewerb.

18 Niederschrift über die Sitzung des Arbeitskreises „Errichtung einer Gedenkstätte im Rathaus“ am 22.2.2002.



Entwurf (Bild oben) und Realisation
(rechts)

pflichtet“: Die von der Künstlerin vorgenommene raffinierte Teilung auch dieses Satzes mit der zusätzlichen Anmutung „Freiheit verpflichtet“ löst besondere Unterstützung des Vorschlags aus, ebenso wie die Zeitgeist atmende Materialkombination aus Rigips, Stahl und Acryl.

Zweimal noch präsentiert die Künstlerin ihre Idee, im Ausschuss für Schulen, Kultur, Jugend und Sport, der einhellig den Vorschlag übernimmt, und abschließend in der Sitzung der Gemeindevertretung am 7. Mai 2002. Beide Gremien sind vorsichtig genug, keine künstlerische Debatte zu entfachen, die schnell zur Karikatur werden könnte. Ganz am Ende steht der Konsens: Bei einer einzigen Enthaltung beschließt die Gemeindevertretung die Errichtung der Gedenkstätte, die noch im selben Jahr eingeweiht wird. Die Gesamtkosten des Unterfangens überschritten nicht die Summe von 16000 EUR

Nun mag man sich fragen, warum ein solcher Aufwand? Die Antwort: Derartige Überlegungen und Diskussionen über unser Verhältnis zur NS- und Kriegsvorgangeneit im eigenen Ort haben viel mit unserer Gegenwart und unserem Verhältnis zu Freiheit und Demokratie zu tun. Und das gilt für alt und jung.

Eine sperrige, sich nicht mit einer ersten Anmutung vermittelnde Gedenkstätte ist damit realisiert. Sie regt neben dem Gedenken zur Auseinandersetzung an, zum Durchdringen des Konzeptes. Insbesondere die unterschiedlichen Objektebenen der beiden Sätze erschließen sich erst beim Nachdenken und durch die bewusste Wahr-

DEN OPFERN
VON KRIEG UND
GEWALTHERRSCHAFT



234 Eva Nowottny Opfer und Opfergruppen in Kronshagen 1933-1945

nehmung der betont getrennten, ja förmlich auseinander gerissenen künstlerischen Umsetzung: Zunächst ist von den Gegenwärtigen die Rede. Es wäre ja auch absurd, generalisierend zu behaupten, die Kriegs- und NS-Opfer seien der Freiheit verpflichtet gewesen; es bleibt eine auch in die Zukunft zielende, förmlich mahnende Selbstverpflichtung der politischen Gemeinde. Und davon getrennt findet sich der eigenständig stehende Satz, der gleichberechtigt die zentralen Opfergruppen benennt.